

# ¡Fijáte!

**Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala**

Nr. 605

Mittwoch, 13. April 2016

23. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

|  |   |
|--|---|
| Die Panama Papers lichten den kriminell-politische Sumpf Guatemalas.....                         | 1 |
| Generalstaatsanwältin Aldana erhält Menschenrechtspreis in Spanien.....                          | 3 |
| Anstieg der Armut in Guatemala.....  | 3 |
| Ríos Montt erneut unter Anklage.....   | 3 |
| Guatemalas Präsident: Das organisierte Verbrechen versucht die Regierung zu destabilisieren..... | 4 |
| Todesstrafe bei Mordverbrechen abgeschafft.....  | 5 |
| Wieder wurde ein Radiojournalist ermordet.....   | 6 |

## Die Panama Papers lichten den kriminell-politische Sumpf Guatemalas

*Die 2,6 Terabyte Informationen aus der panamesischen Kanzlei Mosack Fonseca, die von dem Whistleblower „John Dow“ an die Süddeutsche Zeitung und weitere internationale InvestigativjournalistInnen weitergeleitet wurden, sorgen weltweit für Aufruhr. Die Offenlegung der Briefkastenfirmen, die die Kanzlei hunderttausendfach für ihre z.T. prominenten KundInnen 'gründete', hat bereits zum Rücktritt eines Präsidenten, nämlich dem Islands geführt. Zugleich wurde auch deutlich, bei wem bekannte Drogenmafiosi, etwa aus Mexiko, ihr Geld parkten oder auch wuschen.*

*Und was ist mit Guatemala? Die GuatemaltekinInnen befinden sich auf Platz sechs der Heimatländer, aus denen KundInnen von Mosack Fonseca stehen: 444 VermittlerInnen, 1.234 Unternehmen, 33 AuftraggeberInnen und 368 AktionärInnen. Eine Kundin war die Königin des Südens oder auch Drogenkönigin, wie sie gerichtsfest bezeichnet werden kann, namens Marllory Chacón Rossell. Über sie berichten zwei Artikel aus InSight Crime, der eine vom 6. April 2016, der andere vom Februar 2015, der die „Drogenkarriere“ der Frau Chacón behandelt. Ihre Verbindungen zu Pérez Molina und vor allem Baldetti werfen ein erneutes wenig positives Licht auf die ehemalige Präsidenten und Vizepräsidentin. Auch Cerigua berichtete am 4. April darüber.*

### **Panama Papers legen Geschäfte und Kontakte der guatemaltekinischen Drogenkönigin offen**

Die sog. Panama Papers, geleakte Daten von der panamesischen Kanzlei Mosack Fonseca legen ein Offshore-Konto offen, das der bekannten guatemaltekinischen Drogenhändlerin und Geldwäscherin Marllory Chacón Rossell, auch bekannt als „Königin des Südens“ oder Drogenkönigin gehört. Sichtbar werden dabei auch Details ihrer vielfältigen dunklen Geschäfte. Die US-amerikanische, hispanic-orientierte Nachrichtenagentur Univision berichtet über das Geschäftsgebaren und die Verbindungen zu bekannten guatemaltekinischen Persönlichkeiten, etwa zum umstrittenen Rechtsanwalt, Verfassungsrichter und FRG-Politiker Francisco Palomo Tejada, der im vergangenen Jahr in Guatemala-Stadt ermordet wurde (siehe **¡Fijáte!** 585). (*InSightCrime*, 6. April)

### **Exkurs: Rückblick auf die Drogenhändlerin Chacón: 2014/15: Die Drogenhändlerin Chacón wird Kronzeugin**

Eine bekannte guatemaltekinische Geldwäscherin hat sich vor einem Gericht in Florida in Bezug auf den Vorwurf des Drogenhandels für schuldig erklärt und ihre Bereitschaft bekundet, umfangreiche Informationen über PolitikerInnen und UnternehmerInnen und deren Beziehungen zu kriminellen Strukturen zu offenbaren. Diese Ankündigungen werden sicher manches Mitglied der guatemaltekinischen Eliten beunruhigen. Chacón war bereits im Januar 2012 von dem Departement für die Kontrolle ausländischen Besitzes des US-Finanzministeriums als Drogenhändlerin bezeichnet wor-

den. Ihr wurde vorgeworfen, das Einschmuggeln von fünf Kilo Kokain in die USA geplant zu haben. Im September 2014 wurde sie in Guatemala verhaftet und an die USA ausgeliefert. Am 12. Dezember 2014 bekannte sich Marllory Dadian Chacón Rossel der Konspiration zur Verteilung von Kokain in den USA schuldig. Anfangs stritt sie die Anschuldigungen ab, doch die Beweislage war so erdrückend, dass sie diese Haltung aufgab. Sie erklärte sich bereit, umfangreich gegen andere DrogenhändlerInnen auszusagen und entsprechende Dokumente zur Verfügung zu stellen. Sie versuchte damit ihr Strafmass, das zwischen zehn Jahren und lebenslänglich betragen könnte, zu verringern. Für die US-Behörden ist Chacón „eine der profiliertesten DrogenschmugglerInnen in Zentralamerika“ und führt eines der grössten Geldwäsche-Netzwerke Guatemalas an. Sie habe gute Verbindungen zu vielen Mitgliedern der guatemaltekischen Elite, darunter auch die (damalige) Vizepräsidentin Roxana Baldetti (was diese jedoch vehement bestreitet). Während manche ihrer MitstreiterInnen (nach Cerigua-Angaben insbesondere vom Sinaloa-Kartell) bereits in US-Haft sitzen, ist es spannend, wer denn sonst noch in ihrem Netzwerk auftaucht. Das Gericht in Florida verurteilte Chacón im Mai 2015 zu einer Strafe von zehn Jahren Haft. (*Florida, Februar 2015, Michael Lohmuller, Insight Crime*)

## **Geldwäsche**

Univision berichtete, wie Chacón zwischen 2009 und 2010 Präsidentin der Offshore-Firma Brodway Commerce Inc. wurde und in dieser Zeit – nach Schätzung von US-Behörden – etwa 4 Millionen US-Dollar Drogengelder in Panama wusch. Zu jener Zeit waren die Drogengeschäfte noch nicht öffentlich bekannt. Allerdings waren zwei an Brodway Beteiligte in kriminellen Aktivitäten verwickelt, z.B. in Finanzskandale. Als Chacón im November 2009 ihr Amt als Präsidentin von Brodway antrat, gab es – laut Dokumenten – eine Kapitalbilanzsumme von 12 Millionen US-Dollar. Als Kunde wurde das guatemaltekische Haushaltswarengeschäft Casa Vogue aufgeführt, deren Inhaberin, María Corina Sáenz Lehnoff, vom US-Finanzministerium als Teil des Geldwäscherings von Chacón bezeichnet wurde.

Laut Univision legt die interne Korrespondenz bei Mossack Fonseca nahe, dass der Anwalt von Brodways Francisco José Palomo Tejada war, Ex-Mitglied des Zentralamerikanischen Parlaments und des guatemaltekischen Verfassungsgerichts und Anwalt mehrerer ehemaliger guatemaltekischer Präsidenten. Die Dokumenten belegen, dass Palomo, der im Juni 2015 auf offener Strasse erschossen wurde, jener ist, der bei der Gründung von Brodway Commerce den Kontakt zu Fonseca hergestellt hatte.

Der Bericht von Univision legt – nach Ansicht von InSight Crime – einen detaillierten Blick in die Geldwäsche-Aktivitäten frei. Die unerhört rasche Abfolge von immer neuen Namen und Unternehmen, die darin verwickelt sind, macht das Ausmass der Aktivitäten von Chacón deutlich und erklärt, warum sie so rasch und so erfolgreich Geld waschen konnte. Dass sie auch enge Beziehungen zu Palomo Tejada unterhielt, ist ein bisher unbekanntes Detail, die aber ein weiteres Indiz dafür ist, wie tief sie mit der Upperclass von Guatemala vernetzt war. Chacón wurden auch Verbindungen zur ehemaligen Vizepräsidentin Roxana Baldetti nachgesagt und es gibt Gerüchte, dass sie Baldettis Partei im Jahr 2011 zwei Millionen US-Dollar gespendet hätte.

Cerigua berichtet weiter: Involviert in die genannten Geschäfte von Brodway Commerce sei neben Chacón und Palomo auch die Anwaltskanzlei Díaz-Duran & Kompagnons, die von dem VIVA-Abgeordneten Juan Manuel Díaz-Duran geleitet wurde. Brodway wurde bereits im Oktober 2008 in Panama registriert und sollte dann verkauft werden. Ende 2008 kaufte sie der Anwalt Francisco Palomo Tejada von den juristischen Repräsentanten der Firma in Guatemala, der Kanzlei Díaz-Duran & Kompagnons. Mossack Fonseca fungierte dabei im ersten Jahr als Geschäftsführer am Unternehmenssitz Panama und führte die Übernahme der Firmenleitung durch Chacón Rossel, zu einer Zeit, in der ihr Drogengeschäft noch nicht öffentlich bekannt war, obwohl die US-Anti-Drogenbehörde (DEA) ihr bereits auf der Spur war.

Eine weitere illustre Figur betritt nun als Vermittler die Bühne: José María Armesto Bustos Morón, ein argentinischer Unternehmer, der zum Vermittler zwischen den guatemaltekischen DrogenhändlerInnen und Mossack Fonseca wurde. Er zahlte den Verkauf der Aktiengesellschaft 2009 und führte die meisten Geschäfte durch. Aber in dieser Zeit sah sich Bustos, einer der Gesellschafter der Grupo Valat AG, in Guatemala einem Prozess wegen illegaler finanzieller Vermittlungstätigkeit, Betrug, unrechtmässiger Inbesitznahme und Verkauf von Gütern gegenüber. Die Grupo Valat, eine illegale Finanzgesellschaft, ging 2008 in Konkurs und verbrannte viel Geld von InvestorInnen. Kundin war auch Chacón Rossel. Am 24. März 2010 bat Bustos die Anwältin von Mossack Fonseca, Isabel Vecchio, dass Palomo das Amt in der Firma (also quasi die guatemaltekische Dependence) übernehmen solle. Bustos schrieb ihr: „Es ist nötig, einem Anwalt aus Guatemala ein juristisches Mandat für Brodway Commerce Inc. zu geben (...), daher will ich Sie auch bitten, dass Sie das rechtliche Mandat an Francisco José Palomo Tejada übergeben, der unserer Anwalt in Guatemala ist.“ Aus den Dokumenten lässt sich nicht ablesen, welche Art von Dienstleistungen Palomo für das Unternehmen tätigte oder welche Machtfülle diesem gegeben wurde. Laut Univision wurde die Geschäftsübergabe nicht protokolliert, schon gar nicht von Mossack Fonseca und zwar deshalb, weil Palomo niemals die notwendigen Papiere (z.B. seinen Pass) einreichte. Allerdings legt ein Brief der Kanzlei Díaz-Duran & Kompagnons an Mossack Fonseca vom November 2009 nahe, dass der guatemaltekische Anwalt der erste Kontakt für den Kauf der Firma Brodway war.

Ende August 2012, zwei Wochen nachdem die US-Behörde für die Kontrolle ausländischen Besitzes (OFAC) Brodway Commerce Inc. als Teil des Drogenrings von Chacón Rossel identifizierte, präsentierte ein Anwalt vor dem Grundbuchamt Panamas eine Unterschrift mit Datum vom Juni 2011, in der der Firmenvorstand als abgesetzt erklärt und neue Personen benannt worden sind. Schliesslich wurde die Firma am 3. September 2012 wegen Bankrott aufgelöst.

## Generalstaatsanwältin Aldana erhält Menschenrechtspreis in Spanien

**Guatemala, 23. März.** Die guatemaltekeische Generalstaatsanwältin Thelma Aldana erhielt im spanischen Pamplona den mit 36.000 Euro dotierten „Jaime-Brunet-Menschenrechtspreis“. Sie wurde aufgrund ihrer Arbeit für die Rechte der Frauen, gegen die auf Geschlechterungleichheit basierte Gewalt und für die Rechte der indigenen Bevölkerung sowie für ihren Kampf gegen die Korruption geehrt. Jaime Brunet Romero ist ein Philantrop, geboren 1926 im französischen Bayonne, gestorben 1992 in San Sebastian. Er verfügte, dass aus seinem Vermögen eine Stiftung gegründet werden sollte, die neben dem Menschenrechts- auch einen Forschungspreis vergibt. Preisträger waren u.a. Amnesty International, der Dalai Lama, Peace Brigades International, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und der deutsche Philosoph Jürgen Habermas.

In ihrer Dankesrede hob Aldana hervor, dass „die Korruption die ärmsten Personen am meisten trifft, sowie die Demokratie ebenso wie die Regierbarkeit eines Landes“. Deshalb müsse die Gesellschaft um die Abschaffung der Korruption kämpfen. „Jedes Land, zumindest die grosse Mehrheit, hat ein patriarchale Kultur, in einigen aber, wie unglücklicherweise in Guatemala, ist diese Kultur tiefer verwurzelt und ausgeprägt. Eine patriarchale Kultur, die die Frauen nicht wertschätzt“, sagte Aldana. Sie sagte weiterhin, dass „es erste Fortschritte gibt, aber es fehlt noch immer an viel politischen Willen um die Anerkennung und den Respekt der Menschenrechte der Frauen zu verwirklichen.“

Weiterhin erinnerte sie daran, dass sie sich während ihrer Zeit als Richterin am Obersten Gerichtshof (2009-2014; 2011-12 als Vorsitzende) die Schaffung einer Rechtsprechung speziell für Verbrechen des Feminizids und anderen Formen der Gewalt gegen die Frau sowie ein Recht speziell für sexuelle Gewalt, Versklavung und Menschenhandel einsetzte. Die Generalstaatsanwältin legte einen weiteren Schwerpunkt ihrer Amtszeit auf die Enthüllung der Korruptionsnetzwerke, die mit Beamten im öffentlichen Dienst aus der Legislative, Exekutive und Judikative verknüpft sind. Guatemala „ist ein kleines Land, wo die Armut das Antlitz der Frau trägt, wo Ungleichheit herrscht, aber wo wir einen wichtigen Schritt im Kampf gegen die Korruption machen konnten“, sagte Aldana abschliessend. (SV und eigene Recherchen)

## Anstieg der Armut in Guatemala

**Guatemala, 28. März.** Die Kernaussage des Sozialpanoramas 2015, welches die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) der Vereinten Nationen in Chile präsentierte, betraf den Anstieg der Armut in der Region. Die Zahl der Armen habe zwischen 2013 und 2014 um ungefähr zwei Millionen Menschen zugenommen. Gemäss Schätzungen der Kommission aus dem Jahr 2015 sei der Prozentsatz der Armut von 28,2 auf 29,2 gestiegen (d.h. 175 Millionen Personen) und der der Bedürftigkeit von 11,8 auf 12,4 % (d.h. 75 Millionen Personen).

Im Fall von Guatemala hebt der Bericht hervor, dass es – neben Mexiko und Venezuela – für den Anstieg von sieben Millionen registrierten oder geschätzten Armen verantwortlich sei. Dies wird mit der Abnahme um fünf Millionen Armen vor allem in Brasilien, Kolumbien und Ecuador kompensiert.

Die Anzahl der Armen in Guatemala sei in den letzten Jahren immer mehr gestiegen, was sowohl von der CEPAL als auch durch die letzte Nationale Befragung zu den Lebensbedingungen aus dem Jahr 2014 bestätigt wird. Letztgenannter Bericht erklärte, dass 59,3 % der Bevölkerung in Armut lebt. 2011 waren es 'nur' 53,7 % (siehe **¡Fijate!** 597).

Ein weiterer negativer Punkt für Guatemala, der von dem CEPAL-Bericht hervorgehoben wird, ist die Tatsache, dass die soziale Investition des Staates unter 10 % des Bruttoinlandsprodukts liegt und 2014 gerade mal 300 US-Dollar pro Person betrug. Alicia Bárcena, Exekutivsekretärin der CEPAL unterstrich, dass um die Armut zu beenden Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, die Rechte und soziale Absicherung garantieren, den Mindestlohn respektieren und die sozialen Ausgaben schützen. Ausserdem bat sie darum, neue Finanzierungsquellen und Steuermechanismen zu finden, die eine nachhaltige Sozialpolitik ermöglichen. (EP)

## Ríos Montt erneut unter Anklage

**Guatemala, 31. März/1. April.** Gegen José Efraín Ríos Montt und José Mauricio Rodríguez Sánchez wurde erneut der Prozess eröffnet. Dieses Mal hinter verschlossenen Türen. Am vierten Tag der Verhandlung wurden Erläuterungen der ExpertInnen der forensischen Anthropologie vernommen, die in der Ixil-Region Exhumierungen vorgenommen hatten und deren Ergebnisse die furchtbaren Taten, die das guatemaltekeische Militär an der nicht-kämpfenden Zivilbevölkerung beging, bestätigten.

Eine Pressemitteilung der Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung (AJR) und dem Zentrum für legale Menschenrechtsaktionen (CALDH), die Nebenkläger sind, geht auf einen Bericht der forensischen ExpertInnen ein, in dem die

Exhumierung von neun geheimen Friedhöfen erläutert wird. Sie enthielten die Reste von 68 Opfern der Gemeinde Chel aus Chajul, Departement Quiché. Die Identifikation der Knochenreste ergab, dass diese Erwachsenen, Jugendlichen, Kindern und Ungeborenen zuzuordnen sind. Weitere Untersuchungen liessen schlussfolgern, dass der Tod der Opfer durch Verletzungen aufgrund von Schusswaffen, Schnitten in den Hals und zertrümmerten Schädeln hervorgerufen wurden. In mehreren Gräbern fand man keine Kleider, die Körper waren mit Nylon oder Tüchern bedeckt. Die Identifikation des Geschlechts erfolgte oft anhand der Ohringe, die für die Frauen der Ixil- und Chel-Region charakteristisch waren. Die Reste mehrerer Ungeborener wurden in der Bauchgegend ihrer Mütter lokalisiert.

Die Ergebnisse bestätigen, dass Mitglieder der Militärs aus dem Militärstützpunkt La Perla in das Dorf kamen, die Menschen im Kirchengebäude zusammentrieben, wobei Männer und Frauen getrennt wurden. Die Frauen wurden ausgezogen und vergewaltigt. Danach wurden sie in Gruppen von fünf Personen zum Fluss Chel geführt und exekutiert. Daraufhin setzten die Soldaten die Häuser und Felder in Brand und zogen ab. Mehrere Überlebende, die geflüchtet oder zum Zeitpunkt des Massakers nicht anwesend waren, konnten einige Leichen finden und sie in anderen Gräbern bestatten. Die Beweise der forensischen Anthropologie seien sehr wichtig im Genozid-Prozess, da es wissenschaftliche Beweise unabhängiger ExpertInnen sind, schliesst die Pressemitteilung.

Ríos Montt wird aufgrund seines Gesundheitszustands durch eine dritte Partei in einem speziellen Verfahren vertreten. Das Gericht besitzt aus den gleichen Gründen nicht die Berechtigung eine Gefängnisstrafe zu verhängen.

Internationale Organisationen, etwa die US-amerikanische WOLA, haben das Gerichtsverfahren kritisiert, da die Öffentlichkeit – abgesehen von internationalen BeobachterInnen – von den Sitzungen ausgeschlossen ist. Damit werde die Öffentlichkeit nicht über das damalige Geschehen informiert, was jedoch wichtig sei, um die juristische Aufarbeitung solcher schwerer Menschenrechtsverletzungen zu stärken.

Moniert wurde auch, dass das Gericht vorab erklärte, dass – bei einer Schuldzuweisung Ríos Montt und Rodríguez Sánchez die selbe Strafe erhalten würden. Für die internationalen Organisationen gebe es – schon aus Gründen der hierarchischen Positionen im damaligen militärisch-politischen System – Unterschiede, die zu berücksichtigen seien.

(Cerigua)

## **Guatemalas Präsident: Das organisierte Verbrechen versucht die Regierung zu destabilisieren**

**Guatemala, 22. März.** Guatemalas Präsident Jimmy Morales sagte kürzlich, dass das organisierte Verbrechen versuche, seine Regierung zu destabilisieren. Aber seine diesbezüglichen Aussagen wecken Zweifel darüber, ob er wirklich verstanden habe, welche Bedrohung die kriminellen Netzwerke in seinem Land sind. Morales erklärte, dass Guatemala „ein ernstes Problem in Fragen der Sicherheit“ hat und verwies auf die jüngsten Bombenanschläge auf Busse, die nahelegten, dass die Sicherheitsanstrengungen der Behörden „sensible Punkte berührt haben“. Die Nachrichtenagentur EFE zitiert Morales mit den Worten, dass die Schläge der polizeilichen und juristischen Ermittlungen der Grund für Strategie der kriminellen Netzwerke seien, die Regierung zu destabilisieren. „Zum geeigneten Zeitpunkt werden wir unsere Ermittlungsergebnisse öffentlich machen und die Verantwortlichen vor Gericht bringen.“

Am 6. März waren durch eine Bombe in einem Bus zwei Menschen getötet und 15 weitere Personen verletzt worden (siehe **¡Fijáte!** 603). Laut Jimmy Morales sind vier weitere Bombenanschläge vereitelt worden. Er machte diese Aussagen während einer Pressekonferenz im Pazifikhafen San José, wo er den Beginn einer Verbrechensbekämpfung-Initiative in der Osterwoche verkündete. Dabei wurde er vom Innenminister Francisco Rivas begleitet, der für die jüngsten Gewaltexzesse Aktivitäten von Gangs verantwortlich machte. Siglo21 lastet den Bombenanschlag vom 6. März der Gang Barrio 18 an. Der Direktor der Nationalen Zivilpolizei (PNC), Nery Ramos, fügte hinzu, dass diese Gewalt eine natürliche Reaktion der kriminellen Strukturen auf die durch die Ermittlungsarbeiten erfolgten Rückschläge sei. Der aktuellen Gewalt zum Trotz sagte Präsident Morales, dass die gewaltsamen Tode im Februar auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren gefallen sei.

### **Kommentar von InSight Crime**

Die Aussage von Morales, dass die organisierte Kriminalität versuche, die Regierung zu destabilisieren, ist wahrscheinlich richtig. Die Gefahr komme allerdings nicht von aussen, sondern die Organisationen operieren innerhalb des Landes. Das stellt sowohl für die Regierung als auch für die Gesellschaft insgesamt eine Gefahr dar. Guatemala wird von verschiedensten Verbrechen heimgesucht, etwa Erpressung, Drogenhandel durch lokale Strassengangs und transnationale Banden. Und jede trägt auf ihre Weise zur alltäglichen Gewalt und Unsicherheit in die Region bei.

Es scheint, dass Morales' Aussage auf diese Gruppen abzielt. Es gibt jedoch eine andere Form der organisierten Kriminalität in Guatemala - eine, die weniger sichtbar ist, aber vielleicht noch gefährlicher für die Stabilität der Regierung Morales. Eine Welle der Unzufriedenheit in der Bevölkerung angesichts der hochrangigen Korruptionsskandale, in der Teile der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes beteiligt waren, hat ihn an die Macht gebracht. Der bekannt-

teste Skandal ist der Fall der Zollbetrugsbande „La Linea“, die zum Rücktritt und Untersuchungshaft für den damaligen Präsidenten und Ex-Generals Otto Perez Molina führte. Diese Verbindung zwischen Militär und kriminellen Netzwerken besteht seit Jahrzehnten und sie werden als „versteckte Mächte“ in der Regierung bezeichnet. (Michael Lohmuller, Insight Crime)

Dazu gehört womöglich auch Edgar Ovalle, Gründer und Abgeordneter der Regierungspartei FCN. Die militärische Vergangenheit so mancher Funktionäre kann also nicht nur das Saubermann-Image des Präsidenten beschädigen, sondern – so wäre der Kommentar von InSight Crime zu Ende zu denken – seinen Kampf gegen das organisierte Verbrechen beeinträchtigen.

## Todesstrafe bei Mordverbrechen abgeschafft

**Guatemala, 23. März.** Das guatemaltekische Verfassungsgericht (CC) entschied, dass die Todesstrafe, die laut Artikel 132 des Strafgesetzes für das Tötungsdelikt des Mordes angewendet werden kann, nicht mehr zulässig ist. Der damit ausser Kraft gesetzte Paragraph lautete: „Die Todesstrafe, anstatt einer maximalen Haftstrafe, wird angewendet, wenn (...) eine besondere Gefahr von der Person ausgeht. Bei jenen, bei denen die Todesstrafe nicht angewendet wird, darf die Haftzeit aus keinerlei Grund verkürzt werden.“ Das CC urteilte, dass diese Worte nicht verfassungsgemäss sind. Das Urteil basiert auf Einsprüchen von drei Anwältinnen (Sayda Arrega, Sofia Herrera und Astrid Fuentes ) gegen den Artikel 132 aus dem Jahr 2015

Das CC argumentierte, dass dieser Absatz aus dem Strafgesetz gestrichen werden muss, da er eine Strafe aufgrund einer Vermutung ausspricht, das Gericht aber objektiv nicht die Gefährlichkeit eines Angeklagten beurteilen kann. Ausserdem widerspricht er dem Artikel 19 der Verfassung, die das Strafvollzugssystem als eines definiert, welches zur Umerziehung und sozialen Wiedereingliederung dienen soll.

Damit, so Verfassungsrichter Aizenstatd, bleiben nur noch zwei Verbrechen übrig, die mit dem Tod bestraft werden können: erzwungenes Verschwindenlassen und Erpressung bzw. Entführung, wenn die Opfer dabei sterben. Ob die Todesstrafe noch immer bei der Tötung von Familienangehörigen angewendet werden dürfe, sei laut Aizenstatd zu prüfen. Er erklärt allerdings auch, dass damit die Todesstrafe nicht abgeschafft wurde, sondern lediglich die Delikte eingeschränkt, in denen diese Strafe angewendet werden darf. Gleichzeitig dürfen keine neuen Delikte unter Todesstrafe gestellt werden. Dies verbietet die 1978 ratifizierte Amerikanische Menschenrechtskonvention.

Das Urteil des CC erscheint just eine Woche, nachdem der Präsident Jimmy Morales öffentlich verkündete, dass er die Todesstrafe anwenden werde, sollte der Kongress sie reaktivieren. Dies alles steht im Kontext von immer lauter werdenden Forderungen nach der Todesstrafe durch einen bestimmten Sektor der Gesellschaft, der sich von dem Anstieg der Gewalt bedroht fühlt. Besonders aktiv sind dabei Zury Rios, die Tochter von Efraim Rios Montt und Laura Palomo, die Witwe des ermordeten dubiosen Anwalts, Richters und Politikers Francisco Palomo Tejada (s.o.).

Das CC sagte diesbezüglich auch, dass es ein „ernstzunehmender Rückschritt in der Humanisierung des repressiven Systems von einst wäre“, sollte die Todesstrafe reaktiviert werden, deren Anwendung in der heutigen Zeit gegen die Grundrechte verstosse.

Generalstaatsanwältin Thelma Aldana sprach sich auf CNN ebenfalls gegen die Todesstrafe aus; einerseits mit der Begründung, dass das Recht auf Leben auch für Straftäter gelte, und andererseits diene das Strafsystem dem Zweck der Reintegration in die Gesellschaft. Es sei Teil des Justizsystems. „Die Todesstrafe ist kein geeigneter Mechanismus um gegen die Kriminalität zu kämpfen“, sagte Aldana.

Bereits Anfang 2008 während der Regierung Álvaro Coloms war die Todesstrafe und deren Reaktivierung im Gespräch. Ein Gesetz zur erneuten Etablierung der Todesstrafe war durch den Kongress verabschiedet wurden. Dieses Strafregime war am 1. Juni 2000 unter der Regierung Alfonso Portillos ausser Kraft gesetzt worden aufgrund der oben genannten Menschenrechtskonvention. Damit schuf man aber auch eine legale Lücke, denn es konnte die Todesstrafe verhängt, nicht aber ausgeführt werden, da laut Artikel 46 der Verfassung und Artikel 43 des Strafgesetzbuchs internationale Abkommen in Sachen Menschenrechte über dem internen Recht stehen. Damals versuchten Oppositionsparteien die Verantwortung für die Ausführung der Todesstrafe in die Hände des Präsidenten zu legen (140 der 158 Abgeordneten stimmten dafür), aber Präsident Colom legte am 14. März 2008 sein rechtmässiges Veto dagegen ein und man gelangte zum Status Quo von 2000 zurück: Verhängung der Todesstrafe ja, Ausführung nein - dem nun das CC zumindest bei Tötungsdelikten Einhalt Gebot. Die Todesstrafe darf nicht bei für Frauen, Männer über 60, politische Verbrechen, und dem Strafgesetz nach Minderjährigen verhängt werden. Die letzten Exekutionen wurden 2000 durch tödliche Injektion ausgeführt. (EP, PBI Mai 2008)

## Wieder wurde ein Radiojournalist ermordet

**Escuintla, 11. April** – Nationale und lokale Presseorgane haben den Mord an dem Radiomoderatoren Winston Leonardo Túnchez Cano verurteilt. Der Mord an dem Mitarbeiter des Radios "La Jefa" geschah am vergangenen Freitag (8. April) in Escuintla.

Die verschiedenen Medien- und JournalistInnenverbände solidarisierten sich mit der Familie des Journalisten und dem Radio, in dem dieser arbeitete. Sie forderten vom Innenministerium und der Staatsanwaltschaft eine rasche Klärung des Falles. Die Ermittlungen dürften nicht so lange erfolglos bleiben. Abgesehen von den Fortschritten bei der Klärung des Mordes an den drei Journalisten in Suchitupéquez im Jahre 2015, habe es in den übrigen 20 Fällen von JournalistInnenmorden nur einen Fall gegeben, bei dem ein Mörder gefasst worden ist. Die Hintermänner wurden jedoch nie vor Gericht gestellt.

Der Mord an Winston Leonardo Túnchez Cano geschah in Zone 3 von Escuintla, als zwei Motorradfahrer auf diesen 15 Schüsse abfeuerten, als dieser Zigarren kaufte. Der Moderator war sofort tot. Die Polizei sagte, dass der Anschlag ihm galt und dass es erste Hinweise auf mögliche TäterInnen gebe.

Cano war nach Informationen von Prensa Libre am 27. Oktober 2011 verhaftet worden unter dem Verdacht, für den Mord an Rubén Castillo Jiménez, einem Moderator von Radio Mundial, verantwortlich zu sein. Er wurde jedoch aus Mangel an Beweisen wieder auf freien Fuss gesetzt.

Im Radio La Jefa leitete Cano ein vormittägliches Unterhaltungsprogramm und er war bekannt als Kommentator von Fussballspielen der ersten Liga. In politische oder andere heikle Fragen war er also offenbar beruflich nicht involviert. (Cerigua, Prensa Libre)

### ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

#### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6